

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Buchhändler, Druckerei,
Bank der Arbeiter, Buchhändler
und Beamten, K.-G. Dresden,
Gebrüder Kuntzsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezirker der Dresdner Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Kostenerstattung der Zeitung.

Bezugspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Arbeiter, Frauen, Junge“, außerdem „Kost und Preis“ monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16 M. Ausland: 20 M. Zusatztabelle 50 Pf. Telegramm: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wilmannsstr. 10, Dresden Nr. 1208 und 1207.
Geschäftszeiten: von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Wochenpreis: Grundpreis: die 36 mm breite Monatsbeilage 25 Pf., die 30 mm breite Monatsbeilage 2,00 M., für auswärts: 2,50 M. und 2,50 M. Familienanträge, Stellen- und Verlagsaufträge 40 Gros. Abhalt. für Briefsteller, 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 131

Dresden, Dienstag, den 9. Juni 1931

42. Jahrgang

Einig zum Kampf

Beschlüsse des Bezirksvorstandes der SPD. Ostachsens

Gestern, Montag, tagte der erweiterte Bezirksvorstand der SPD. Ostachsens, um politisch und organisatorisch zu den Beschlüssen des Parteitages Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Genossen Edel und ausführlicher Debatte wurden einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

„Der Bezirksvorstand billigt die Zustimmung der ostfälischen Delegation zur Resolution Aufhäuser.“

Ebenso billigt er den Beschluß des Parteitages, daß die Fraktionen in allen Körperschaften einheitlich und geschlossen aufzutreten haben.

Um die Voraussetzungen zu schaffen und zu verbessern, die reaktionären und faschistischen Gefahren erfolgreich zu bekämpfen, muß die Arbeit der Partei auch in der nächsten Zeit durch entsprechende öffentliche Aktionen nach außen wirken.

Der Bezirksvorstand erwartet von den Abgeordneten des Bezirks, daß sie in der Reichstagsfraktion im Sinne der Entschlüsse Aufhäuser die neue Notverordnung energisch bekämpfen. Wenn keine andere Möglichkeit bleibt, ist der Reichstag einzuberufen.

Der Bezirksvorstand unterstreicht den Beschluß des Parteitages besonders, daß parteiorganisatorische und parteitaktische Fragen ausschließlich in den Mitgliederversammlungen der Parteiorganisationen erörtert und beschlossen werden sollen.

Der Bezirksvorstand begrüßt den Beschluß des Parteitages, nach dem die jungen Parteigenossen planmäßig in die Parteiarbeit eingegliedert und nach ihrer Befähigung zu verantwortlicher Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Ebenso unterstreicht der Bezirksvorstand die Verpflichtung für alle Organisationen der Partei, die Organisationen der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend stets nach besten Kräften ideell und materiell zu unterstützen.

Ferner weist der Bezirksvorstand auf folgenden Beschluß des Parteitages besonders hin: „Der Parteitag anerkennt das Recht der Sozialistischen Arbeiterjugend als Erziehungsorganisation auf pädagogische und organisatorische Selbständigkeit im Sinne der Parteitagsschlußbeschlüsse von Weimar und Kiel. Diese Selbständigkeit entbindet jedoch die Parteiorganisationen nicht von der Verantwortung für die Parteimitglieder, die in der Jugendorganisation tätig sind. Diese Parteimitglieder müssen für ihre Tätigkeit in der Jugendorganisation das Vertrauen der Jugend und der Partei besitzen.“

Vorständen des republikanischen Nationalkomitees, scharf ablehnend. Ein hoher Beamter des Schapamies, Wood, sagte in Chicago, Amerika läge am besten, gar nicht mehr über die Kriegsschulden zu sprechen. Daneben liegen einige Rednerungen von Kongreßmitgliedern vor, die erklären, einen deutschen Schritt durchaus verständlich zu finden, ohne aber daraus Folgerungen für Amerika zu ziehen. Sehr beachtet wird, daß der Schatzsekretär Mellon in der nächsten Woche eine auf zwei Monate berechnete Klaubreise nach Europa antritt, bei der er sich hauptsächlich in Frankreich und England aufhalten will.

Was folgt?

Zwischen den Entscheidungen

Von Paul Söbe, Präsident des Reichstages

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Der Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit gebilligt, hat zur allgemeinen Tendenz unserer Politik seine Zustimmung geäußert, die Entscheidung über die kommende Taktik hat er wohl oder übel der Fraktion überlassen müssen.

Noch lag der Wortlaut der Notverordnung nicht vor, noch waren etwaige Ergebnisse der Reise nach Chicago nicht zu übersehen. Auch entspricht es allen Gepflogenheiten der Partei, parlamentarische Entscheidungen den Vertrauensmännern im Parlament selbst zu überlassen.

Die wirkliche Entscheidung steht also noch vor uns. Sie ist durch die Debatten, wie auch die Abstimmungen ausgefallen sind, nicht leichter geworden. Es bleibt noch wie vor fraglich, ob die Partei aus Gründen der Abwehr des Faschismus die schwere Belastung weiter dulden kann, die die Notverordnung bringen wird.

Aber ein Irrtum muß vorher ausgeräumt werden, der uns von den Tribünen des Parteitages entgegenklang und dem auch manche Delegierte zu unterliegen schienen, ein Irrtum, dem neue Enttäuschungen folgen müßten, nämlich die Illusion, als ob dem deutschen Volke und der Arbeiterklasse weitere Belastungen erspart bleiben, wenn die Sozialdemokratie der Regierung Brüning die Gefolgschaft versagt.

Für jeden, dem die Grenzen der Tolerierungspolitik (tolerieren heißt dulden) gelommen zu sein scheinen, ist es gebieterische Pflicht, zu erkennen, was jenseits dieser Grenzen steht. Jeder muß wissen: bei der Verteilung der politischen Machtverhältnisse im Reich steht jenseits dieser Grenze keine arbeitertreuliche, keine sozialistische Regierung, auch keine Regierung mit sozialistischer Beteiligung. Es kann ein rechtsgerichteter Beamtenkabinet unter dem Schutze Hindenburgs kommen, ein parlamentarisches Kabinet Schiele-Bergt, ein Notverordnungs-Kabinet Eugen-Berg-Fried, ein Diktaturkabinet unter dem Schutze militärischer Gewalten. Ganz gleich, was davon eintritt, auch wenn es nur die mildeste Form wäre, weil die deutsche Arbeiterklasse nicht überannt werden kann wie die italienische: vor jeder neuen Regierung stehen die 1500 Millionen Mark Fehlbetrag, steht die Misere der Gemeinden, drohen die weiteren Defizite. Niemand darf glauben, daß am Ende unserer Tolerierung weitere Schädigungen der Arbeiterklasse nicht eintreten würden.

Gerade wer in der Regierung das Vollzugsorgan der kapitalistischen Klasse erblickt, weiß, daß keine der oben angeführten Möglichkeiten dem Arbeiterlosen mehr geben, den Rentner weniger schädigen wird, daß keine neue Regierung die Unternehmer an weiterem Lohnabbau zu hindern vermocht ist! Kein, bei allem Widerstand, den wir leisten können, die nächste Regierung wird diesen Weg mit demselben Ergebnis als Brüning. Das ergibt sich naturgemäß aus ihrer rechts gerichteten Einstellung. Die Genossen, die mit dem Gedulde die Wenderung unserer Taktik vertragen, müssen wissen, daß es zunächst nach Schlimmer kommen kann und etwaige Anhänger, die da glauben, daß ihnen eine Opposition eine höhere Arbeitslosenunter-

England erkennt Deutschlands Not

Einberufung einer internationalen Konferenz?

S. London, 8. Juni. (Fig. Drahtber.)

Im Verlauf der Unterhaltungen in Chequers wurden auch die Abrüstungsfrage und die Frage der Zollunion berührt, der Hauptteil der Unterredungen galt jedoch dem Reparationsproblem.

Die Darstellungen der deutschen Minister haben alle Zweifel der englischen Seite, die man hier vielleicht noch hatte, zerstreut, und haben auch England von der Notwendigkeit zu überzeugen. Es hat sich ferner eine Uebereinstimmung der deutschen und der englischen Auffassung dahin ergeben, daß beide Länder eine Revision des Young-Planes einem Moratorium vorziehen. An dieser Aktion soll, nach englischer Auffassung, der Völkerbund nicht beteiligt werden. Vielmehr müßten zunächst die Besprechungen zwischen den Staatsmännern der beteiligten Länder fortgesetzt werden. Es läge durchaus nahe, daß Dr. Brüning in Paris zunächst ähnliche Unterhaltungen führe wie in England. Das Ziel wäre schließlich die Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Klärung des Kriegsschuldenproblems. Ehe man sich diesem Ziel weiter nähert, wolle man jedoch den Aufenthalt Stimsons, des amerikanischen Staatssekretärs des Aeußeren, in Europa abwarten. Reichsfall solle sich Deutschland an die Spitze einer internationalen Bewegung zur Revision der Kriegsschulden stellen. Was erreicht werde, sei eine wirklich internationale Aktion, bei der die Aktivität von den Gläubigern ebenso sehr auszuüben müßte wie von den Schuldneern.

Am Montag sprach der Reichskanzler während eines Empfangs des Instituts für internationale Angelegenheiten über internationale Zusammenarbeit der Völker. Im Laufe des Tages wurden Dr. Brüning und Dr. Curtius auch vom König empfangen. Am Abend fand in der deutschen Botschaft ein Empfang statt, bei dem auch MacDonald und Henderson zugegen waren. Die Abreise des Reichskanzlers und des Außenministers erfolgt am Dienstag Vormittag von Southampton aus mit der „Dresden“.

Deutschlands Ruin bedeutet Ruin Europas

S. London, 8. Juni. (Fig. Drahtber.)

Das tiefste Arbeiterkomitee des Reiches bringt unter der Überschrift „Das Deutschlands Ruin bedeutet Ruin Europas“ einen Aufruf seiner diplomatischen Mitarbeiter, der u. a. lautet, ein deutsches Bankrott würde Ruin von einer Revolution begründen sein. Eine deutsche Entschädigung führe zum Ruin Europas in Ruin führen.

Wobei Ruin Europas nicht den wütenden Zirkel der Welt bedeuten würde. Für Großbritannien würde es bedeuten, daß die Welt in die Hände der Sowjetunion übergehen würde. Das heißt, die Welt würde in die Hände der Sowjetunion übergehen.

die Vereinigten Staaten würden noch ernster sein. Deutschlands Zahlungseinstellung würde die kleinen amerikanischen Kapitalisten 500 Millionen Pfund Sterling kosten.

Sunday Times veröffentlicht ein Interview mit dem englischen Wirtschaftsführer Sir A. Walsh, worin dieser anregt, England solle die Wiederaufstellung der Reparationsfrage durch Aufhebung seiner Kriegsschulden, abhängig an Amerika erzwingen.

Weltfrieden und Beseitigung der lähmenden Unpopulärheit, so meint er, werden nur durch ein engeres Verhältnis zwischen dem britischen Reich, Deutschland und den Vereinigten Staaten kommen.

Daily Herald schreibt im Leitartikel: Die Besprechungen von Chequers haben ihren Zweck erfüllt. Wenn in einigen Wochen die Entschädigung darüber berührt, daß die Zusammenkunft der britischen und der deutschen Staatsmänner keinen Plan für eine sofortige Aktion gezeigt hat, so nur, weil man falsche Erwartungen gehegt hat.

Die Probleme sind erörtert worden, aber sie sind dadurch nicht verschwunden. Der nächste Schritt ist, den Sach des amtlichen Kommuniqué zu berücksichtigen, der besagt, „in diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen“.

Während der nächsten Monate müssen die Regierungen entweder direkt oder durch Geiseln, oder in der dem Young-Plan vorgesehenen Weise Maßnahmen ergreifen, um den drohenden Sturm abzuwenden.

Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß im Herbst eine äußerst kritische Lage beinahe unvermeidlich ist. Einbruch der Reparationszahlungen würde nur der erste Teil einer Reihe wirtschaftlicher Erschütterungen werden. Die Welt wird mit jedem Tage härter, und die Unterredungen in Chequers werden gar nicht adäquaten Wert haben, wenn sie in absehbarer Zeit zu internationaler Zusammenarbeit führen, um der Krise zu entgehen, deren Schrecken die Welt bedroht.

Amelia fordert Abklärung

U. New York, 8. Juni. (Fig. Drahtber.)

In Kassel ist jetzt die Konferenz der Welt als nächstes gegeben kann, die Erklärung der Konferenz von Chequers nicht ungenügend. „Denn“ Amelia unterstreicht, „daß die Welt eine internationale Unterredung für die Klärung der Reparationsfrage, die von gemeinsamen Experten an die anderen Staaten einberufen, um die Lösung des Schuldenproblems und namentlich die Klärung der Forderungen in dieser Sache zu ermöglichen. Amelia betont ferner, daß die Durchsetzung der Forderungen von den europäischen Staaten die amerikanische Regierung für Amerika zu unterstützen in der Sache zu unterstützen ist.“

Die amerikanische Regierung hat sich nicht nur für die Klärung der Reparationsfrage, sondern auch für die Klärung der Forderungen von den europäischen Staaten zu unterstützen ist.

Volkspartei für Arbeiter

D. Berlin, 8. Juni. (Fig. Drahtber.)

Die Ortsgruppe Mainz der Volkspartei hat sich am Montag abends in der Ortsgruppe Mainz der Volkspartei abgehandelt. Die Bildung neuer Organisationen in Mainz ist gefordert. Die Ortsgruppe Mainz hat sich am Montag abends in der Ortsgruppe Mainz der Volkspartei abgehandelt.

Die Ortsgruppe Mainz der Volkspartei hat sich am Montag abends in der Ortsgruppe Mainz der Volkspartei abgehandelt. Die Bildung neuer Organisationen in Mainz ist gefordert. Die Ortsgruppe Mainz hat sich am Montag abends in der Ortsgruppe Mainz der Volkspartei abgehandelt.